

Geschäftsbericht der Kantonalen Rekurskommission = Rapport de gestion de la Commission cantonale des recours en matière d'impôt

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - (1973)

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417841>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

1. **Allgemeines**

Die Kantonale Rekurskommission konnte ihre Tätigkeit während des Jahres 1973 im gewohnten Rahmen abwickeln. Die Zahl der Ausstände ist etwas zurückgegangen; allerdings sind auch etwas weniger Rekurse eingegangen als im Vorjahr. Der Präsident war während des ganzen Jahres durch die Mitarbeit bei der Vorbereitung einer Revision des Steuergesetzes in erheblichem Masse in Anspruch genommen. Er ist auch zu den Beratungen der Kantonalen Schatzungskommission und ihrer Ausschüsse zur Ausarbeitung der Normen für eine neue Hauptrevision der amtlichen Werte beigezogen worden.

Wie üblich hatte die Kantonale Rekurskommission in erster Linie Rekurse und Beschwerden betreffend die periodischen Steuern (Einkommen- und Vermögensteuern der natürlichen und Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen) zu beurteilen. Es sind 430 (Vorjahr 461) solche Geschäfte entschieden worden. 47 (72) Entscheide hatten die Vermögensgewinnsteuer, 11 (30) die amtliche Bewertung und 19 (13) den Militärpflichtersatz zum Gegenstand. Weitere 4 (13) Rekurse und Beschwerden betrafen andere Steuerarten, Widerhandlungen, Neurechtsgesuche und Neubeurteilungen. Offen stehen immer noch zwei Rekurse betreffend die amtliche Bewertung aus der Hauptrevision auf den 1. Januar 1967, auf die bereits im Vorjahresbericht hingewiesen worden ist. Der Entscheid des Bundesgerichts, der im Hinblick auf die Beurteilung abgewartet werden muss, steht immer noch aus.

Die Streitigkeiten, mit denen sich die Kantonale Rekurskommission zu befassen hatte, waren sehr verschieden und vielseitig. Es handelte sich sowohl um Rechts- wie um Ermessensfragen. Immer wieder sind Rekurse zu beurteilen, bei denen es um die zeitliche Bemessung geht. Dies namentlich bei Zuzügern oder Steuerpflichtigen, die nach Aufnahme der Erwerbstätigkeit oder nach einem Berufswechsel (vor allem nach Beendigung der Lehre) gemäss Artikel 42 Absätze 1 und 2 StG auf Grund des Gegenwartseinkommens zu veranlagten sind. Je mehr die Einkommen steigende Tendenz aufweisen, um so mehr fühlen sich diese Steuerpflichtigen gegenüber anderen benachteiligt, bei denen nach der Regelvorschrift das Einkommen der Bemessungsperiode der Veranlagung zugrunde gelegt wird. Die Kantonale Rekurskommission hat entschieden (MbVR 71, S. 473), dass bei Veranlagungen nach Artikel 42 Absatz 2 StG ausschliesslich auf das in der Bemessungsperiode (seit Zuzug, Erwerbsaufnahme oder Berufswechsel) erzielte Einkommen abzustellen und dieses rein mathematisch auf ein Jahr umzurechnen ist, solange sich ein solches Vorgehen nach den gegebenen Verhältnissen nicht schlechthin verbietet. Wenn aber das Erwerbseinkommen eines Steuerpflichtigen starken Schwankungen unterworfen war oder sich vermindert hat, kann gemäss einem Entscheid des Verwaltungsgerichts (MbVR 63, S. 39) auch das Einkommen der Veranlagungsperiode mitberücksichtigt werden (MbVR

1. **Généralités**

La Commission cantonale des recours put déployer son activité dans la mesure habituelle pendant l'année 1973. Le nombre des cas en suspens a quelque peu diminué; il est vrai toutefois que les recours enregistrés furent également un peu moins nombreux que l'année précédente. Le président fut passablement occupé durant toute l'année par sa participation à la préparation d'une révision de la loi fiscale. Il a également pris part aux délibérations de la Commission cantonale d'estimation et de ses groupes de travail pour établir les normes concernant une nouvelle révision générale des valeurs officielles.

Comme d'habitude, la Commission cantonale des recours dut avant tout juger les recours et pourvois concernant les impôts périodiques (impôt sur le revenu et la fortune des personnes physiques, impôt sur le bénéfice et le capital des personnes morales); il a été statué dans ce domaine sur 430 (461 l'année précédente) recours. 47 (72) décisions concernaient l'impôt sur les gains de fortune. 11 (30) l'évaluation officielle et 19 (13) la taxe d'exemption du service militaire. 4 (13) décisions se rapportaient à d'autres genres d'impôt, des infractions, des requêtes civiles et de nouveaux jugements. 2 recours concernant l'évaluation officielle fixée lors de la révision générale de 1967 sont toujours en suspens. On y faisait déjà allusion dans le rapport de l'année précédente. L'arrêt du Tribunal fédéral, qu'il est nécessaire d'attendre pour prendre ces décisions, n'est pas encore rendu.

Les litiges dont la Commission cantonale des recours eut à s'occuper furent très différents et variés. Il s'est agi autant de questions de droit que d'appréciation. Il fallut toujours statuer sur des recours ayant trait à l'évaluation quant au temps et ceci spécialement pour des personnes nouvellement arrivées ou des contribuables qui, après cessation de leur activité lucrative ou changement de profession (après la fin d'apprentissage principalement) doivent être taxés, en vertu de l'article 42, 1^{er} et 2^e alinéas, LI, sur la base du revenu coïncident. Plus les revenus affichent une tendance ascendante, plus ces contribuables s'estiment désavantagés à l'égard de ceux dont la taxation est basée, selon la réglementation ordinaire, sur le revenu de la période d'évaluation. La Commission cantonale des recours a décidé (RM 71, p. 473) qu'il fallait se baser, en cas de taxations selon l'article 42, 2^e alinéa, LI, exclusivement sur le revenu obtenu dans la période d'évaluation (depuis l'arrivée, la cessation d'activité ou le changement de profession) et de le reporter exactement sur une année pour autant que ce procédé ne s'avère pas indéfendable d'après les conditions données. Mais si le revenu du travail d'un contribuable était soumis à de fortes fluctuations ou avait diminué, le revenu de la période de taxation peut également être pris en considération, selon un jugement du Tribunal administratif (RM 71, p. 360). Le projet de révision de la loi fiscale prévoit, pour l'évaluation d'après l'article 42, 2^e alinéa, LI, une réglemen-

71, S. 360). Im Entwurf für eine Revision des Steuergesetzes ist für die Bemessung nach Artikel 42 Absatz 2 StG eine bestimmte Regelung vorgesehen, welche der bisherigen Praxis Rechnung trägt, aber keinen Spielraum für Ermessen mehr bietet. Die Vorschrift wird geeignet sein, Diskussionen über die Art der Bemessung aus der Welt zu schaffen, aber nichts daran ändern, dass Steuerpflichtige, die nach ihr veranlagt werden müssen, sich benachteiligt vorkommen werden. Eine andere Lösung ist aber jedenfalls angesichts der bundesgerichtlichen Rechtsprechung zum Doppelbesteuerungsverbot, welche die Heranziehung ausserkantonaler erzielten Erwerbseinkommens nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen zulässt (gleiche Steuerquelle und Einkommen jedenfalls nicht höher als im Zuzugskanton), kaum denkbar. Wie üblich sind die grundlegenden, das bernische Steuerrecht betreffenden Entscheide der Kantonalen Rekurskommission in der «Monatsschrift für bernisches Verwaltungsrecht und Notariatswesen» veröffentlicht worden. Auch in der «Neuen Steuerpraxis» wurden zahlreiche Entscheide abgedruckt.

2. Personelles

In der Zusammensetzung der Kantonalen Rekurskommission sind 1973 keine Veränderungen eingetreten. Dagegen sind erneut Mutationen unter den juristischen Sekretären zu verzeichnen. Anstelle des Ende 1972 ausgetretenen Herrn Brunner amtet seit anfangs 1973 Herr lic. iur. Th. Kuhn. Herr Notar Lüthi ist nach einer Anstellungsdauer von anderthalb Jahren auf Jahresende zurückgetreten. Seit 1. März 1973 amtet als Bücherexperte Herr St. Burger.

3. Geschäftslast

Die Zahl der Neueingänge war mit 482 erneut etwas geringer als im Vorjahr (539). Ob das bedeutet, dass in bezug auf die Veranlagungsperiode 1971/72 (16. Wehrsteuerperiode) weniger Rekurse eingingen, oder ob der Rückgang auf eine Verzögerung der Überweisung durch die Veranlagungsbehörde zurückzuführen ist, lässt sich noch nicht beurteilen.

4. Entscheide und Beschwerden

1973 sind 511 (Vorjahr 539) Rekurse und Beschwerden beurteilt worden. Davon wurden 131 (170) vollständig, 127 (159) teilweise gutgeheissen, 224 (206) dagegen abgewiesen. 23 (53) Rekurse sind wegen Rückzugs abgeschrieben worden oder es konnte darauf wegen verspäteter Einreichung oder aus anderen Gründen (Formmängel der Rekurseingabe) nicht eingetreten werden. In 6 Fällen war festzustellen, dass eine Wehrsteuerbeschwerde gar nicht vorlag.

Das Verwaltungsgericht hat insgesamt 33 (44) Beschwerden gegen Entscheide der Kantonalen Rekurskommission oder ihres Präsidenten beurteilt. Von den 17 im Vorjahresbericht als noch hängig angeführten Beschwerden hat es 14 abgewiesen und 1 teilweise gutgeheissen. In 2 Fällen steht der Entscheid noch aus. – Gegen Rekursentscheide des Jahres 1973 sind 38 (44) Beschwerden eingereicht worden. Von diesen hat das Verwaltungsgericht bis zur Abfassung dieses Berichtes 2 ganz und 1 teilweise gutgeheissen, 12 dagegen abgewiesen. Auf 2 Beschwerden ist es nicht eingetreten, und in 1 Fall hat es die Sache zu neuer Beurteilung an die Kantonale Rekurskommission zurückgewiesen. 20 Beschwerden sind noch hängig. Dazu kommen die beiden unerledigten Beschwerden aus dem Vorjahre.

tation präzise tenant compte de la pratique actuelle, mais n'offrant plus de marge d'estimation. La prescription sera propre à supprimer des discussions sur le mode d'évaluation, mais ne changera rien au fait que des contribuables taxés selon cette disposition s'estimeront désavantagés. Cependant, une autre solution, tirée de la jurisprudence du Tribunal fédéral concernant l'interdiction de la double imposition, qui n'admet la prise en considération du revenu du travail obtenu hors du canton qu'à des conditions très limitées (même source fiscale et revenu en tout cas pas plus élevé que dans le canton d'arrivée), n'est guère imaginable. Comme d'habitude, les décisions fondamentales de la Commission cantonale des recours concernant le droit fiscal bernois ont été publiées dans la «Monatsschrift für bernisches Verwaltungsrecht und Notariatswesen». De nombreux jugements furent également reproduits dans la «Neue Steuerpraxis».

2. Personnel

Aucun changement n'a été enregistré en 1973 dans la composition de la Commission cantonale des recours. Par contre, il faut noter de nouveau des mutations parmi les secrétaires-juristes. M. Théophil Kuhn, licencié en droit, a remplacé au début de l'année 1973 M. Heinrich Brunner, parti à la fin de l'année 1972. M. Hansruedi Lüthi, notaire, nous a quittés à la fin de l'année après avoir été en fonction pendant un an et demi. M. Stephan Burger fonctionne comme expert-comptable depuis le 1^{er} mars 1973.

3. Affaires

Le nombre des nouvelles affaires, par 482, est à nouveau inférieur à celui de l'année précédente (539). Il n'est pas encore possible de déterminer si cela provient du fait que les recours concernant la période de taxation 1971/1972 furent moins nombreux ou si cette diminution doit être attribuée au retard des Autorités de taxation à transmettre les dossiers.

4. Jugements et pourvois

En 1973, 511 (539 l'année précédente) affaires furent jugées. 131 (170) recours ont été admis totalement, 127 (159) partiellement, 224 (206) par contre rejetés.

23 (53) ont pu être radiés par suite de retrait ou à cause du refus d'entrer en matière en raison de recours tardifs ou d'autres motifs (vice de forme). Dans 6 cas, il a été constaté qu'on ne se trouvait pas en présence d'un recours concernant l'impôt pour la défense nationale.

Le Tribunal administratif a jugé au total 33 (44) pourvois contre des décisions de la Commission cantonale des recours ou de son président. Des 17 cas en suspens mentionnés dans le dernier rapport de gestion, il en a rejeté 14 et admis partiellement 1. Deux cas sont encore en suspens. Les jugements rendus en 1973 ont fait l'objet de 38 (44) pourvois. Au moment où ce rapport est établi, le Tribunal administratif en a admis totalement 2, partiellement 1, et rejeté 12. Dans 2 cas, l'entrée en matière n'a pas été accordée, et 1 autre cas a été renvoyé à la Commission cantonale des recours pour nouveau jugement. Vingt pourvois sont encore en suspens. A cela s'ajoutent les 2 pourvois non liquidés de l'année précédente. Il est constaté dans le rapport de l'année précédente qu'il y avait encore, au moment de son établissement, 11 recours au Tribunal fédéral non liquidés. Il y en

Im Vorjahresbericht ist festgehalten, im Zeitpunkt seiner Abfassung seien 11 Beschwerden an das Bundesgericht noch unerledigt gewesen. Zusammen mit 2 erst nachträglich gemeldeten waren es jedoch insgesamt 13. Davon hat das Bundesgericht 1 ganz und 2 teilweise gutgeheissen und 1 abgewiesen. 4 wurden wegen Rückzuges und 1 zufolge Verständigung unter den Parteien abgeschrieben; auf 3 ist das Gericht nicht eingetreten, 1 Beschwerde ist noch hängig. Die Rückzüge erfolgten, nachdem entsprechende Beschwerden betreffend die Staatssteuer durch das Verwaltungsgericht abgewiesen worden waren. – Gegen Entschiede des Jahres 1973 sind 12 Beschwerden (9 betreffend die Wehrsteuer und 3 betreffend den Militärpflichtersatz) eingereicht worden. Davon hat das Bundesgericht bis 15. Februar 1974 2 abgewiesen und in 2 Fällen festgestellt, dass die Eingaben nicht als Beschwerden zu betrachten seien. 1 weitere Beschwerde wurde zurückgezogen. In 8 Beschwerdesachen (7 aus dem Jahre 1973 sowie 1 frühere) steht der Entscheid noch aus.

5. Sitzungen

Die Kantonale Rekurskommission hat im Jahre 1973 sechs Sitzungen abgehalten und 467 (Vorjahr 533) Geschäfte beurteilt. 44 (56) Rekurse und Beschwerden wurden vom Präsidenten als Einzelrichter erledigt.

Bern, den 15. Februar 1974

Für die Kantonale Rekurskommission

Der Präsident: *H. Gruber*
Der Erste Sekretär: *J. Wildbolz*

avait cependant 13 au total, 2 recours ayant été annoncés seulement après coup. Le Tribunal fédéral en a admis 1 totalement, 2 partiellement et en a rejeté 1. Quatre furent radiés par suite de retrait et 1 à la suite d'une entente entre les parties; le Tribunal fédéral n'est pas entré en matière dans 3 cas, et un pourvoi est encore pendant. Les retraits furent opérés après le rejet par le Tribunal administratif du pourvoi correspondant relatif à l'impôt de l'Etat. – Les jugements de l'année 1973 ont fait l'objet de 12 recours (9 concernant l'impôt pour la défense nationale et 3 concernant la taxe d'exemption du service militaire). Jusqu'au 15 février 1974, le Tribunal fédéral en a rejeté 2 et constata dans 2 cas que les requêtes ne devaient pas être considérées comme des recours. Un autre recours fut retiré. Huit cas sont encore pendants (7 de l'année 1973 et 1 plus récent).

5. Séances

La Commission cantonale des recours a tenu six séances au cours de l'année 1973 et jugé 467 recours contre 533 l'année précédente. 44 (56) recours ont été jugés par le président fonctionnant comme juge unique.

Berne, 15 février 1974.

Au nom de la Commission cantonale des recours,

le président: *H. Gruber*
le premier secrétaire: *J. Wildbolz*

6. Geschäftslast 1973

6. Affaires en 1973

Steuerarten	Vortrag vom Vorjahr Restant de l'année précédente	Neueingang Nouvelles affaires	Total Total	Beurteilt 1973 Jugées en 1973	Abgeschrieben Affaires radiées	Total Total	Ausstand 31.12.73 Non liquidées au 31.12.73	Genres d'impôts
I. Kantonale Abgaben								I. Impôts cantonaux
Einkommen- und Vermögensteuern der natürlichen Personen								Impôt sur le revenu et sur la fortune des personnes physiques
1965/66	5	1	6	5		5	1	1965/66
1967/68	17	7	24	16		16	8	1967/68
1969/70	71	29	100	68		68	32	1969/70
1971/72	95	190	285	144		144	141	1971/72
Steuern der juristischen Personen								Impôt des personnes morales
1967/68	2		2	2		2		1967/68
1969/70	5	1	6	4		4	2	1969/70
1971/72	1	6	7				7	1971/72
Vermögensgewinnsteuern								Impôt sur les gains de fortune
1966	1		1				1	1966
1967	3	1	4	4		4		1967
1968	2	4	6	3		3	3	1968
1969	1	3	4	3		3	1	1969
1970	14	7	21	16		16	5	1970
1971	6	12	18	10		10	8	1971
1972	3	19	22	11		11	11	1972
1973		2	2				2	1973
Amtliche Werte, Berichtigung								Valeurs officielles, revision générale
1967	2		2				2	1967
1971	8	2	10	7		7	3	1971
1973	3	14	17	4		4	13	1973
Widerhandlungen								Infractions
Quellensteuer								Impôt à la source
1972	1		1	1		1		1972
1973		1	1				1	1973
Gesuch um neues Recht								Requête civile
		3	3	2		2	1	
II. Eidgenössische Abgaben								II. Impôts fédéraux
Wehrsteuer								Impôt de défense nationale
13. Periode		1	1	1		1		13 ^e période
14. Periode	19	4	23	17		17	6	14 ^e période
15. Periode	56	19	75	50		50	25	15 ^e période
16. Periode	110	133	243	123		123	120	16 ^e période
Gesuch um neues Recht								Requête civile
Militärpflichtersatz								Taxe d'exemption du service militaire
1965	1		1	1		1		1965
1966		1	1	1		1		1966
1967		1	1				1	1967
1969	2		2	2		2		1969
1970	2	1	3	3		3		1970
1971	5	4	9	6		6	3	1971
1972	1	12	13	6		6	7	1972
1973		2	2				2	1973
	436	483	919	511		511	408	